

Pressestimmen

EU-GIPFEL UND TÜRKEI

Frankfurter Allgemeine

„Preis“ Mehr Geld und schnelle Visa-Erleichterung forderte der türkische Regierungschef Davutoglu. Aufhorchen aber ließ ein anderer Satz. ‚Die Türkei ist bereit, mit der EU zusammenzuarbeiten‘, sagte er und fügte ganz beiläufig hinzu: ‚Die Türkei ist bereit, Mitglied der EU zu werden.‘ Davutoglu hat damit den tatsächlichen Preis für die enge Zusammenarbeit genannt.

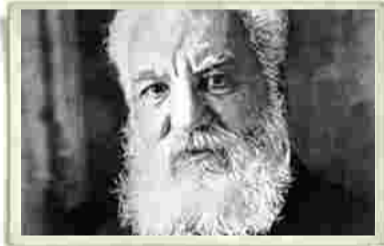
FAZ, Frankfurt

Allgemeine Zeitung

„Geschachere“ Das ist ein schäbiges Geschachere auf dem Rücken von Hunderttausenden Flüchtlingen, die als Verhandlungsmasse hin- und hergeschoben werden – wer sie am Ende behalten muss, hat verloren. Die Türkei kann dieses Spiel treiben, weil das Land als wichtigstes Transitland den Schlüssel für die Bewältigung der Krise in der Hand hält und weil die EU als Institution nicht handlungsfähig ist.

Allgemeine Zeitung, Mainz

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

9. März

1876: Der Schotte **Graham Bell** (Bild) erhält ein Patent auf das von ihm entwickelte Telefon.

1931: Der deutsche Physiker Ernst Ruskas stellt das erste Elektronenmikroskop vor. 1986 erhält er dafür den Nobelpreis.

1961: Die UdSSR befördert die Rakete Sputnik-9 mit der Hündin Tschernuschka, die nach einer erfolgreichen Erdumrundung aus der Kapsel geborgen wird, auf eine Erdumlaufbahn.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 17) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbriefe



Schlüsselfigur

Karikatur: Haitzinger

Menschen

Maria Scharapowa

Eigenfehler des Tennis-Stars

Von Dominik Feischl

Über der bisher so glänzenden Tennis-Karriere der schönen Maria Scharapowa liegt seit Montag ein dunkler Schatten. Das Doping-Geständnis des russischen Superstars erschüttert die Sportwelt.

35 Turniersiege, darunter fünf Grand-Slam-Titel, sowie dank lukrativer Sponsorenverträge ein geschätztes Privatvermögen von über 200 Millionen Dollar hat die 28-Jährige auf ihrer Habenseite. Ihr sportlicher Aufstieg liest sich wie ein Hollywood-Roman. Mit vier Jahren nahm die kleine Maria erstmals einen Tennisschläger in die Hand. Die damalige Weltklasse-Spielerinnen Martina Navratilova wurde auf sie aufmerksam und riet dem Talent, auf Nick Bollettieris Akademie in Florida zu gehen. Mit geliehenen 700 Dollar übersiedelte sie 1994 mit ihrem Vater vom russischen Sotchi nach Miami. Während der Papa mühselig mit Nebenjobs die Ausbildung finanzierte, schuftete die Tochter beim Trainingsguru, der bereits Anna Kurnikowa in die Weltklasse führte. Es sollte sich auch für Scharapowa rentieren. Mit 14 Jahren gab sie ihr Debüt auf der WTA-Tour, als 17-Jährige gewann sie 2004 den Rasenklassiker Wimbledon – eine Sensation. Zwei Jahre später eroberte sie erstmals die Nummer-eins-Position in der Weltrangliste.

Doch die Blondine wird immer wieder von Verletzungen zurückgeworfen. Seit Ende Jänner hat die Wahl-Amerikanerin kein Turnier mehr bestritten, auch im Jahr davor waren Auftritte selten. Der Rubel rollte für die reichste Sportlerin aber weiterhin. Weil sie sich wie keine andere zu vermarkten weiß. Lu-



Nach der Dopingbeichte der 28-jährigen Russin hört der Rubel auf zu rollen. Foto: APA

krative Sponsorenverträge mit Nike, Porsche oder TAG Heuer, aber auch eine eigene Süßigkeiten-Marke sicherten ihr ein Jahresgehalt von 25 Millionen Dollar. Diese Zeiten dürften nun aber vorbei sein. Einige Firmen gaben nach dem positiven Dopingbefund bereits ihren Rückzug bekannt. Scharapowa will so aber nicht von der Tennisbühne abtreten. „Ich hoffe wirklich, dass ich noch mal eine Chance bekomme, dieses Spiel zu spielen.“

Leitartikel

Von Clemens Schuhmann



Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel

Das berühmte Zitat des englischen Kickers Gary Lineker, wonach Fußball im Grunde ein einfaches Spiel sei, bei dem 22 Männer 90 Minuten lang einem Ball nachjagen – und am Ende stets die Deutschen gewinnen würden, hat sich zuletzt fast immer auch auf EU-Gipfeltreffen übertragen lassen. Denn sehr oft haben sich in den vergangenen Jahren die Deutschen durchsetzen können. Das war bei den Euro-Krisengipfeln ebenso der Fall wie bei den diversen Griechenland-Sondertreffen.

Auch der – von Merkel initiierte – EU-Türkei-Gipfel am vergangenen Montag hätte so enden sollen. Schließlich hätte die Kanzlerin unmittelbar vor den drei wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am kommenden Sonntag dringend einen Erfolg gebraucht. Doch die listigen Türken wollten da partout

Ankara ist nicht schuld am jämmerlichen Bild, das die EU abgibt.

nicht mitspielen. Premier Ahmet Davutoglu spielte in Brüssel vielmehr den „Party-crasher“. Er stellte plötzlich neue Forderungen und

stieß damit mehrere Staats- und Regierungschefs vor den Kopf. Wohl wissend, wie sehr Brüssel in der Flüchtlingsfrage vom Wohlwollen Ankaras abhängt. Und er schaffte es mit seiner Volte sogar, dass die EU-Spitzen keine Entscheidung zustande brachten – und sich vertagen mussten. Damit signalisierten die EU-Spitzen einmal mehr der gesamten Weltöffentlichkeit, dass Lösungskompetenz und Zusammenhalt derzeit nicht ihre Stärke ist. Nach dem Gipfel ist also vor dem Gipfel.

Zur Ehrenrettung der Türken sei hier jedoch zweierlei festgehalten: Erstens ist nicht Ankara schuld an dem jämmerlichen Bild, das die EU derzeit abgibt. Und zweitens fordern die Türken ohne Zweifel viel von Brüssel – aber sie haben gleichzeitig auch mehr angeboten, als man erwarten durfte: Denn die Bereitschaft, alle Flüchtlinge, die es vom türkischen Staatsgebiet nach Griechenland schaffen sollten, zurückzunehmen, könnte ein möglicher Lösungsweg sein. Selbst dann, wenn die EU-Staaten im Gegenzug für jeden zurückgeschickten Syrer einen in der Türkei lebenden syrischen Flüchtling aufnehmen müssten. Was auf den ersten Blick wie ein Nullsummenspiel aussieht, könnte nämlich abschreckend auf potenzielle Bootsflüchtlinge wirken. Ob das – wie Merkel meinte – allerdings bereits ein Durchbruch ist, muss sich erst weisen. Fix ist, dass die Verhandlungen nun in die Verlängerung gehen – aber auch da waren die Deutschen häufig erfolgreich...

c.schuhmann@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Können wir uns Grenzen leisten?

Eine Vielzahl an Studien zeigt, dass die dauerhafte Wiedereinführung von inhereuropäischen Grenzkontrollen spürbare Wohlstandsverluste verursachen würde. Diese Prognosen halten einer genaueren Betrachtung nicht stand.

Unbestritten ist, dass Grenzkontrollen die Handelskosten (gemessen wird dies unter anderem über die Lohnkosten der an der Grenze wartenden Lastwagenfahrer) erhöhen. Viele Schätzungen gehen aber dabei zu vereinfachend davon aus, dass alle Grenzen geschlossen werden – dies ist aber wenig sinnvoll. Vorerst würde es beispielsweise keine Not-

wendigkeit geben, die Grenzen zwischen Deutschland und den Niederlanden oder Spanien und Frankreich zu schließen. Mit den Grenzkontrollkapazitäten der frühen 1990er-Jahre wäre auch heute eine nahezu reibungslose Abfertigung von Warenströmen nach wie vor möglich (siehe Handel der EU-Länder mit dem Nicht-Schengen-Mitglied Großbritannien).

Bremsen die entstehenden Kosten von Grenzkontrollen tatsächlich den Handel? Ein reduzierter Handel wäre letztlich wesentlich dramatischer als eine Kostenbe-



VON TEODORO D. COCCA

lastung wegen der Wartezeiten bei sonst unveränderten Handelsströmen. In einer soeben erschienenen Studie wurden die Exporte Deutschlands in 188 Länder für den Zeitraum von 1991 bis 2015 ausgewertet unter Berücksichtigung, ab wann

ein Land (wenn überhaupt) dem Schengen-Raum beigetreten ist und somit die Grenzkontrollen aufgehoben hat. Anhand der untersuchten Daten kann man nicht erkennen, dass der Wegfall von Grenzen im Rahmen des Schengen-Abkommens zu signifikanten Veränderungen in den Handels-

strömen geführt hat. Dies zeigt sich etwa auch daran, dass Österreich florierende Handelsbeziehungen mit Ländern (USA, China, Türkei) unterhält, die nicht Mitglied des Schengen-Raumes sind.

Zu einem ehrlichen Umgang mit den Effekten einer Grenzschiebung gehört es auch, Aspekte anzusprechen, die gerne ausgeklammert werden. So ist es unredlich, systematisch Kosten auszuklammern, die sich durch offene Grenzen ergeben. Dazu gehören beispielsweise Kosten, die dadurch entstehen, dass Migranten ein Land betreten, die nach allen gängigen internationalen Standards keinen Asylstatus erhalten wer-

den und trotzdem mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Land bleiben. Zudem ist der Staat verpflichtet, die Funktionsfähigkeit des Staatswesens zu schützen (steuerfinanzierte Sozialleistungen). Hierfür sind Grenzen sogar notwendig – auch im Sinne derjenigen, die aus humanitären Gründen des Schutzes ebendieses Staates bedürfen.

Eine ausschließliche Reduzierung der Diskussion auf Kosten durch Grenzkontrollen erscheint daher fast schon abwegig.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Johannes Kepler Universität Linz